

Wolfgang Kühn

Aufbau Ost?

Noch im Jahr 20 der deutschen Einheit gibt es unübersehbare Belege, dass die West-Ostspaltung in der Bundesrepublik nicht überwunden ist. So entschied jüngst die Bundesregierung, dass Pflegekräfte, die sich um kranke und alte Menschen kümmern, einen Anspruch auf einen Mindeststundenlohn von 8,50 Euro haben – aber nur in Westdeutschland und Berlin. Ostdeutsche Pflegekräfte müssen sich mit einem um einen Euro niedrigeren Stundenlohn von 7,50 Euro begnügen. Zugleich wurde festgelegt, dass diese Unterschiede in den Folgejahren zementiert werden, es gibt für beide Landesteile in den nächsten Jahren einen Zuschlag von jeweils 25 Cent.

Diese unterschiedliche Entlohnung kann weder durch die niedrigere Arbeitsproduktivität im Osten der Republik, wie es in der Vergangenheit noch üblich war, noch durch niedrigere Lebenshaltungskosten ökonomisch und sachgerecht begründet werden. Es hat sich inzwischen ein „Gewohnheitsrecht“ herausgebildet, dass für gleiche Leistung in Ostdeutschland niedrigere Löhne als im Westen gezahlt werden, dass keiner weiteren Begründung bedarf.

Für einen Ökonomen, der es gewohnt ist, mit Fakten und nicht mit Vermutungen oder Erwartungen zu operieren, sind derartige Differenzen erklärbar. Erwirtschaftete Einkommen sind in einer Region nur realisierbar, wenn genügend hochproduktive Arbeitsplätze vorhanden sind.

Derartige Arbeitsplätze wurden in den beiden letzten Jahrzehnten entgegen vollmundiger Erklärungen der Bundesregierungen über den erfolgreichen Aufbau in den neuen Bundesländern nicht geschaffen.

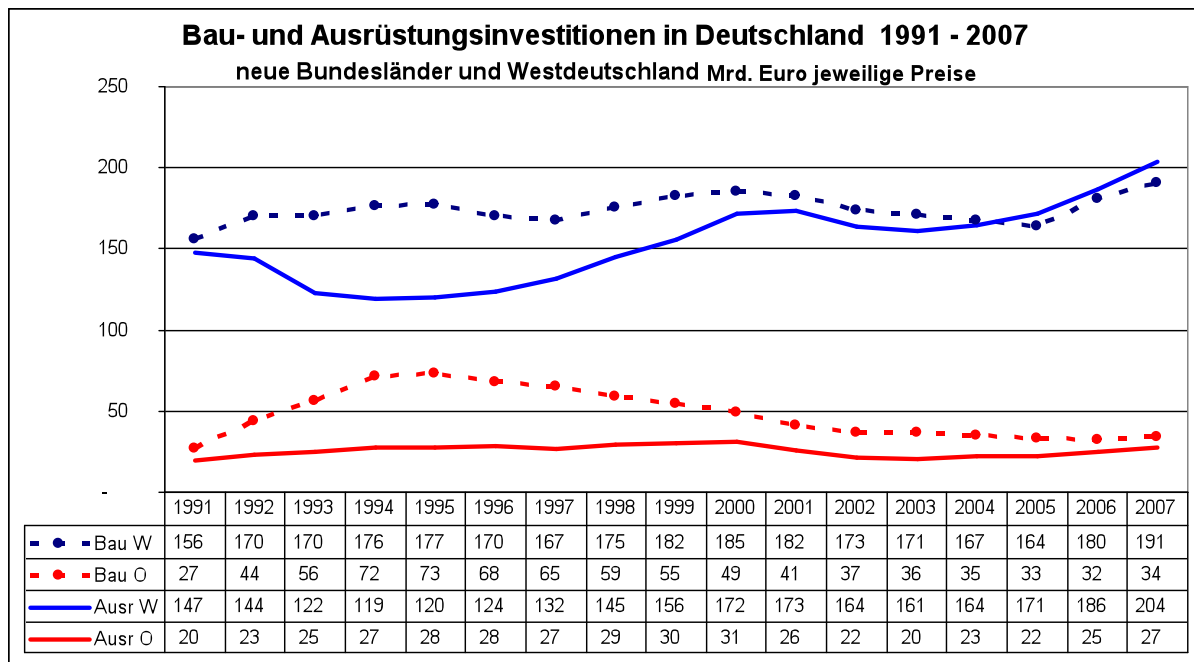
Wie wurden die Investitionen in der Bundesrepublik verteilt?

Besonders dramatisch ist die Situation bei den Ausrüstungsinvestitionen,¹ die entscheidend für die Schaffung neuer und produktiverer Arbeitsplätze sind. Rückstände in der Arbeitsproduktivität und der Effektivität sind vor allem mit neuen moderneren Anlagen zu überwinden, weniger durch den anderen Bestandteil der Investitionen, durch neue Bauten. Außerdem verlangt ein ökologisch zentrierter Ausbau der Wirtschaftsstruktur vorwiegend Investitionen in neue und moderne technische Anlagen.

¹ Der Begriff Ausrüstungsinvestitionen wird hier und im weiteren für den in der Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung üblichen Begriff „Ausrüstungen und sonstige Anlagen“ verwendet, da in der Aufteilung nach Bundesländern die „Sonstigen Anlagen“ (Nutztiere und Nutzpflanzen, immaterielle Anlagegüter, Grundstücksübertragungskosten für unbebauten Grund und Boden) nicht getrennt vorliegen. 2007 setzten sich für die Bundesrepublik dieser Posten zusammen aus „Ausrüstungen“: 236 Mrd. €, „Sonstige Anlagen“: 28 Mrd. €.

Führt man alle Daten für Ausrüstungsinvestitionen der Bundesrepublik von 1991 bis 2007 zusammen, so wurden insgesamt 3,2 Billionen Euro² in neue Ausrüstungen investiert, aber davon lediglich 13,8 Prozent in den fünf neuen Bundesländern, in denen aber 16 Prozent der Bevölkerung lebt. Im Trend der beiden letzten Jahrzehnte stagnieren in den neuen Bundesländern diese Investitionen jährlich um eine 25 Mrd. Euro-Marke, während sie in Westdeutschland von 120 Mrd. Euro 1995 auf 204 Mrd. Euro 2007 gestiegen sind.

Abbildung 1



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, R1B3

Ernüchternd ist die Bilanz über die Bauinvestitionen.

Zwischen 1991 und 1996 gab es einen kurzfristigen Bauboom in den neuen Bundesländern, er wurde seitdem von einem stetigen Abwärtstrend abgelöst. Dieser „Bauboom“ ging wie aus der Abbildung zu ersehen ist, nicht zu Lasten der alten Bundesländer. Zwischen 2005 und 2007 gab es im westlichen Teil der Bundesrepublik sogar einen bemerkenswerten Aufschwung, ganz im Gegensatz zu den neuen Bundesländern, wo zwischen 1995 und 2007 die Bauinvestitionen in jeweiligen Preisen sich halbierten.

Dieser Bauboom in den neuen Bundesländern hatte verheerende Folgen u.a. für die Wohnungswirtschaft. Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle bestätigt, dass „ die Sonder-Afa-Regelungen des Fördergebietsgesetzes,führten zu einer

² In diesem Abschnitt werden die Investitionen in den jeweiligen Preisen analysiert. Preisveränderungen sind nicht ausgeschaltet.

Ausweitung des Wohnungsbestandes weit über die tatsächliche Nachfrageentwicklung hinaus.“³

In vielen Städten der neuen Bundesländer gab es hohe Leerstände an Wohnungen, auch wesentlich noch verstärkt durch die Abwanderung junger Fachkräfte. Seit 2001 gibt es nun als Kontrastprogramm zum früheren „Aufbau Ost“ ein als „Stadtumbau Ost“ verbrämtes Abrissprogramm, das den Mietwohnungsmarkt stabilisieren soll, weil die reale Gefahr bestand, dass in einer Reihe von ostdeutschen Städten durch außerordentlich hohe Leerstände der Wohnungsmarkt umkippen könnte. Etwa 200.000 Wohnungseinheiten wurden abgerissen.⁴ Rückblickend war das eine der großen Fehlallokationen der deutschen Nachkriegsgeschichte, von der sich die Bauwirtschaft in den neuen Bundesländern bis heute nicht erholen konnte.

Hinsichtlich der Bauinvestitionen ist vor einer üblichen Interpretationen bei der Verteilung auf die beiden Landesteile neue Bundesländer versus früheres Bundesgebiet zu warnen. Bezogen auf die Einwohnerzahl sind in den neuen Bundesländern deutlich mehr Neubauten errichtet worden. Nur dieser Vergleich ist aus zwei Gründen nicht überzeugend.

Erstens sind Investitionen in die technische Infrastruktur wie der Autobahnbau oder die Versorgung mit Energie und Wasser nicht allein von der Einwohnerzahl abhängig, sondern die Fläche des Landes bestimmt nicht unerheblich den erforderlichen Aufwand. Bei derartigen Vergleichen wird unterschlagen, dass die neuen Bundesländer nicht wie bei der Einwohnerzahl 16 Prozent sondern fast 30 Prozent der Fläche der Bundesrepublik besitzen und so der Aufwand an Bauten dementsprechend höher ist.

Zweitens wird beim Ausbau der Verkehrswege Etikettenschwindel „Aufbau Ost“ betrieben: Beispielhaft dafür die neue Intercitystrecke Berlin – Hannover: Der letzte Halt der Züge im ehemaligen Westberlin ist in Spandau. Danach jagt er ohne Halt durch die beiden ostdeutschen Bundesländer Brandenburg und Sachsen-Anhalt, lässt dabei die Landeshauptstädte Potsdam und Magdeburg im wahrsten Sinne des Wortes links liegen, um nur wenige Kilometer nach Überfahrt der alten Zonengrenze, erstmals wieder in Wolfsburg zu halten. Ähnliches gilt für den gegenwärtigen Ausbau der Autobahn Berlin – Frankfurt/Oder. Für Brandenburgs Wirtschaft und seine Einwohner war und ist dieser Abschnitt eigentlich ausreichend. Lediglich um reibungsloser den deutschen Außenhandel in die östlich benachbarten Länder via LKW-Transport zu beschleunigen, erfolgt der Ausbau dieser Strecke, aber ebenfalls mit dem Markenzeichen „Aufbau Ost“.

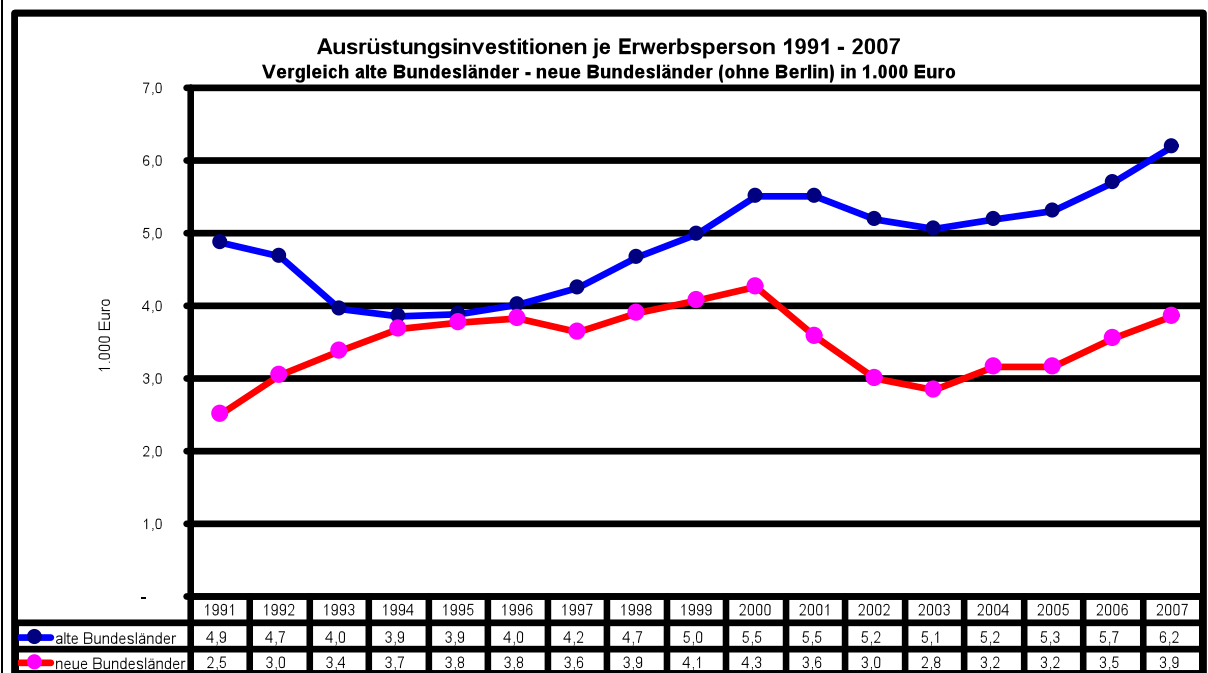
Um diese Daten über die Investitionstätigkeit noch präziser zu interpretieren, sind die Ausrüstungsinvestitionen mit der Zahl der *Erwerbbspersonen* zu relativie-

³ IWH Halle, Ostdeutschlands Transformation seit 1990 im Spiegel wirtschaftlicher und sozialer Indikatoren, S. 149

⁴ Ebenda S. 149

ren, also Erwerbstätige plus derjenigen Personen, die gegenwärtig keinen Arbeitsplatz besitzen, aber für die Arbeitsaufnahme sofort zur Verfügung stehen, Hier die Daten: Je Erwerbsperson wurde im gesamten Zeitraum in den alten Bundesländern 83.000 Euro investiert, in den neuen Bundesländern 59.000 Euro. Nur in den kurzen Zeitabschnitt von 1994 bis 1996 erreichte die Summe der Ausrüstungsinvestitionen je Erwerbsperson in den neuen Bundesländern annähernd den entsprechenden Wert des früheren Bundesgebietes. Seit dem hat sich dieser Abstand immer vergrößert.

Abbildung 2



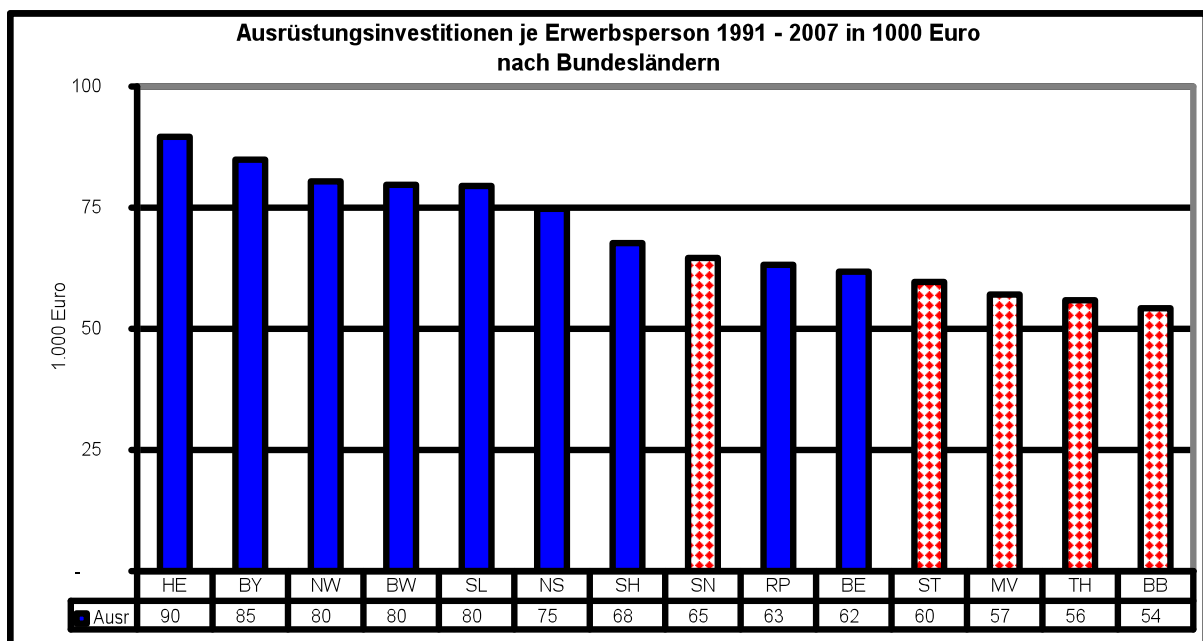
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Bemerkenswert bleibt, dass ausnahmslos alle fünf neue Bundesländer bei einem Ländervergleich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt bleiben. Sachsen und Thüringen – Länder mit einer seit Jahrzehnten differenzierten und entwickelten Wirtschaftsstruktur bleiben deutlich hinter vergleichbaren Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Hessen zurück. Lediglich Rheinland-Pfalz – ein relativ kleines Bundesland zwischen Hessen und Baden-Württemberg bleibt mit seinen Ausrüstungsinvestitionen je Erwerbsperson auf dem Niveau des Bundeslandes Sachsen.⁵ Um es bildlich auszudrücken, im gesamtdeutschen Geleitzug bleiben die neuen Bundesländer deutlich hinter den anderen Ländern zurück, ihnen ist es nicht gelungen, im Verlauf der beiden letzten Jahrzehnte ihr Tempo zu beschleunigen und so Rückstände aufzuholen.

⁵ In dieser Länderaufstellung fehlen die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen. In diesen Ländern haben große Leasingfirmen, beispielsweise für die Schifffahrt ihren Sitz, die mit ihren sehr hohen Ausrüstungsinvestitionen einen Ländervergleich verzerren.

Schließlich ist es kein Zufall, dass in den „Hochlohnbundesländern“ wie Hessen und Bayern als bevorzugte Standorte für Ausrüstungsinvestitionen in den vergangenen Jahren ausgewählt wurden. Die oft angeführte These, dass niedrigere Löhne zu Standortvorteile bei Investitionsentscheidungen führen, ist für die Bundesrepublik in den zurückliegenden Jahrzehnten nicht bestätigt worden. Eher gilt das Gegenteil.

Abbildung 3



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Zwar gibt es in den neuen Bundesländern insgesamt noch modernere Anlagen als im Westen der Bundesrepublik, aber die Masse dieser Anlagen reicht nicht aus, das vorhandene Arbeitskräftepotential zu absorbieren und so Arbeitslosigkeit zu verringern.

Die Wirtschaftselite der Bundesrepublik, die über die Standortverteilung der Investitionen entscheidet, hat die neuen Bundesländer als eine potente Wachstumsregion abgeschrieben. Die neuen Bundesländer werden als Absatzmarkt für Konsumgüter geschätzt, als Produktionsstandorte noch immer gemieden.

Eine aufholende Entwicklung, mit deutlich höherer Investitionstätigkeit für neue Arbeitsplätze, wie sie nach dem Kahlschlag an Produktionskapazitäten durch die Treuhandanstalt zu Beginn der 1990er Jahre erforderlich gewesen wäre, hat nicht stattgefunden. Die Quittung liegt nun vor: Ein zunehmende Verarmung in den fünf neuen Bundesländern.

Aufschlussreich ist ein Strukturvergleich der Ausrüstungsinvestitionen für den gesamten Zeitabschnitt 1991 – 2007.

Die Verteilung der Ausrüstungsinvestitionen auf die Wirtschaftsbereiche zeigt deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet und den fünf neuen Bundesländern.

Die Bereiche Baugewerbe, Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei sowie der Bereich Öffentliche und private Dienstleister haben deutlich höhere Anteile am gesamten Ausrüstungsinvestitionsvolumen erhalten als in Westdeutschland. Dort erreicht der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister mit einem Anteil von fast einem Drittel beinahe das gleiche Ausrüstungsinvestitionsvolumen wie das gesamte Produzierende Gewerbe. In den neuen Bundesländern ist sein Anteil deutlich geringer. Aus den veröffentlichten Daten ist noch ein weiterer bedeutender Unterschied in der Struktur der Ausrüstungsinvestitionen ablesbar: Zum produzierenden Bereich gehört noch u.a. die Energie- und Wasserwirtschaft. Aus der Differenz zwischen Produzierendes Gewerbe und den beiden Bestandteilen Verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe ist erkennbar, dass dieser Bereich bei der Verteilung der Ausrüstungsinvestitionen 1991 bis 2007 einen erheblich höheren Anteil in den neuen Bundesländern erhalten hat als im früheren Bundesgebiet. (Differenz Produzierendes Gewerbe minus Verarbeitendes Gewerbe minus Bau: neue Bundesländer: 18 Prozent, früheres Bundesgebiet: 13 Prozent)

Tabelle 1: Struktur der Ausrüstungsinvestitionen 1991 – 2007 nach Wirtschaftsbereichen

(Insgesamt = 100)

| | Westdeutschland | neue Bundesländer |
|--|-----------------|-------------------|
| Landwirtschaft, Forst, Fischerei | 2,3 | 4,0 |
| Produzierendes Gewerbe | 34,1 | 41,0 |
| darunter: Verarbeitendes Gewerbe ⁶ | 18,6 | 18,7 |
| Bau | 2,3 | 5,0 |
| Handel, Gastgewerbe, Verkehr | 19,2 | 18,5 |
| Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister | 31,6 | 20,6 |
| Öffentliche und private Dienstleister | 12,7 | 15,9 |
| Alle Ausrüstungsinvestitionen | 100 | 100 |

Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

⁶ Die Daten für das Verarbeitende Gewerbe beziehen sich auf den Zeitraum 1995 - 2007

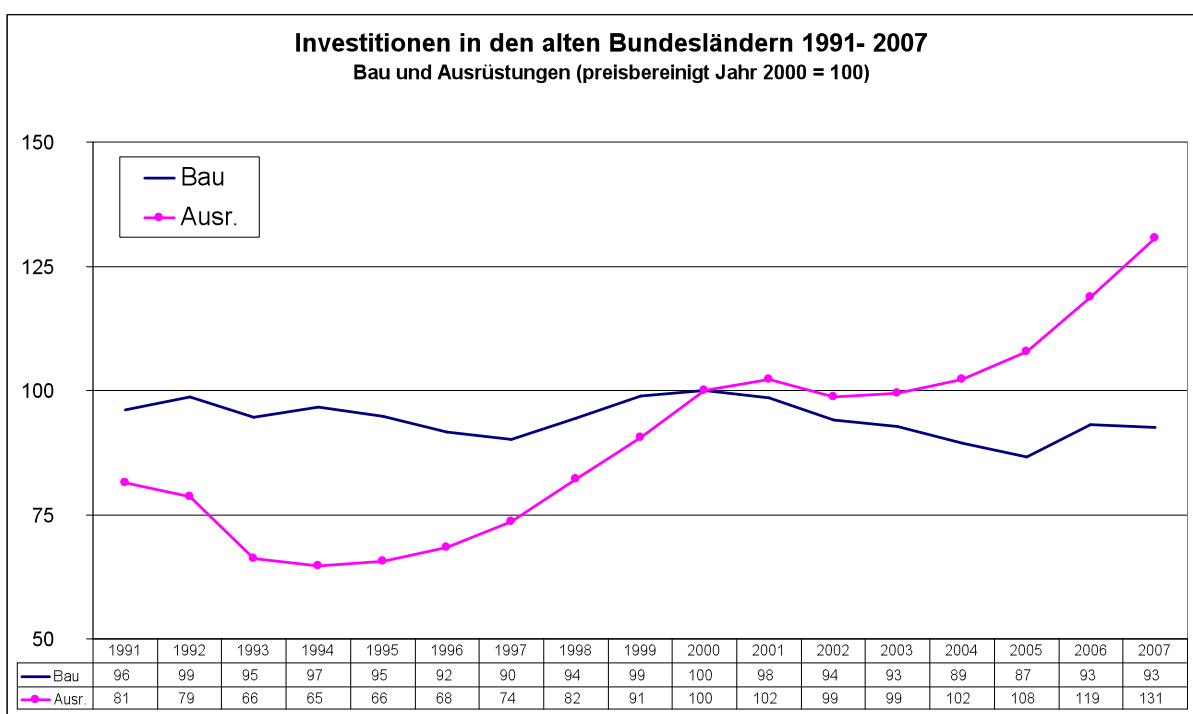
Der Bereich mit den höchsten Wachstumspotentialen der zurückliegenden Jahre, der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister, ist in den neuen Bundesländern nicht im gleichen Maße entwickelt worden wie in Westdeutschland. Das ist verständlich, da große Unternehmen, die derartige Dienstleistungen in Anspruch nehmen könnten, in den neuen Bundesländern fehlen.

Die preisbereinigte Entwicklung der Investitionen.

In den bisherigen Ausführungen wurde die Struktur und Verteilung der Ausrüstungsinvestitionen in Preisen des jeweiligen Jahres analysiert. Wie bei allen Wertgrößen sind in diesen Daten auch Preisveränderungen enthalten, die eine Einschätzung der realen Entwicklung verhindern. Die Statistischen Ämter liefern dafür entsprechende Indices an, mit denen die reale Entwicklung, unbeeinflusst von Preisänderungen, verfolgt werden kann.

In den alten Bundesländern (ohne Berlin) sind nach einer kleinen Wachstumsdelte bedingt durch den Konjunkturunbruch zu Beginn der 1990er Jahre die Ausrüstungsinvestitionen unentwegt gestiegen. Im Jahr 2007 war das preisbereinigte Ausrüstungsvolumen um etwa 60 Prozent höher als im Ausgangsjahr 1991. Der Beitritt der neuen Bundesländer hat zu keinem Einbruch der Investitionstätigkeit im Westen der Bundesrepublik geführt. Die Bauinvestitionen verharrten bis 2007 dagegen etwa auf dem Niveau der 1990er Jahre.

Abbildung 4



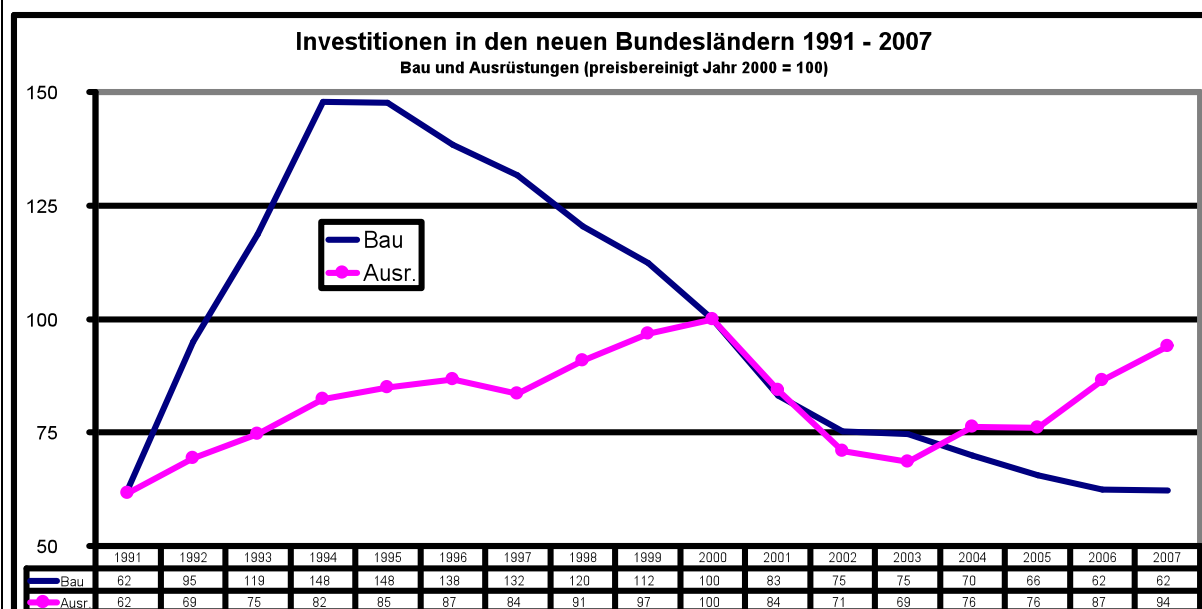
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene

Eine andere Entwicklung vollzog sich in den fünf neuen Bundesländern.

Während ein kurzer Anstieg der Bauinvestitionen innerhalb von vier Jahren zwischen 1991 und 1994 erfolgte, befinden sie sich in einem anhaltenden Sinkflug. 2007 wurden hier so wenige Bauinvestitionen getätigt wie im ersten Jahr nach dem Beitritt der neuen Bundesländer.

Etwas anders war die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen. Die 1994 im Westen der Bundesrepublik einsetzende Aufwärtsentwicklung wurde hier nur bis zum Jahr 2000 fortgesetzt, danach setzte ein Abschwung ein, der bis 2007 nicht wieder an das im Jahr 2000 erreichte Niveau heranreichte. Der im Westen der Bundesrepublik erreichte Aufschwung blieb in den neuen Bundesländern aus.

Abbildung 5



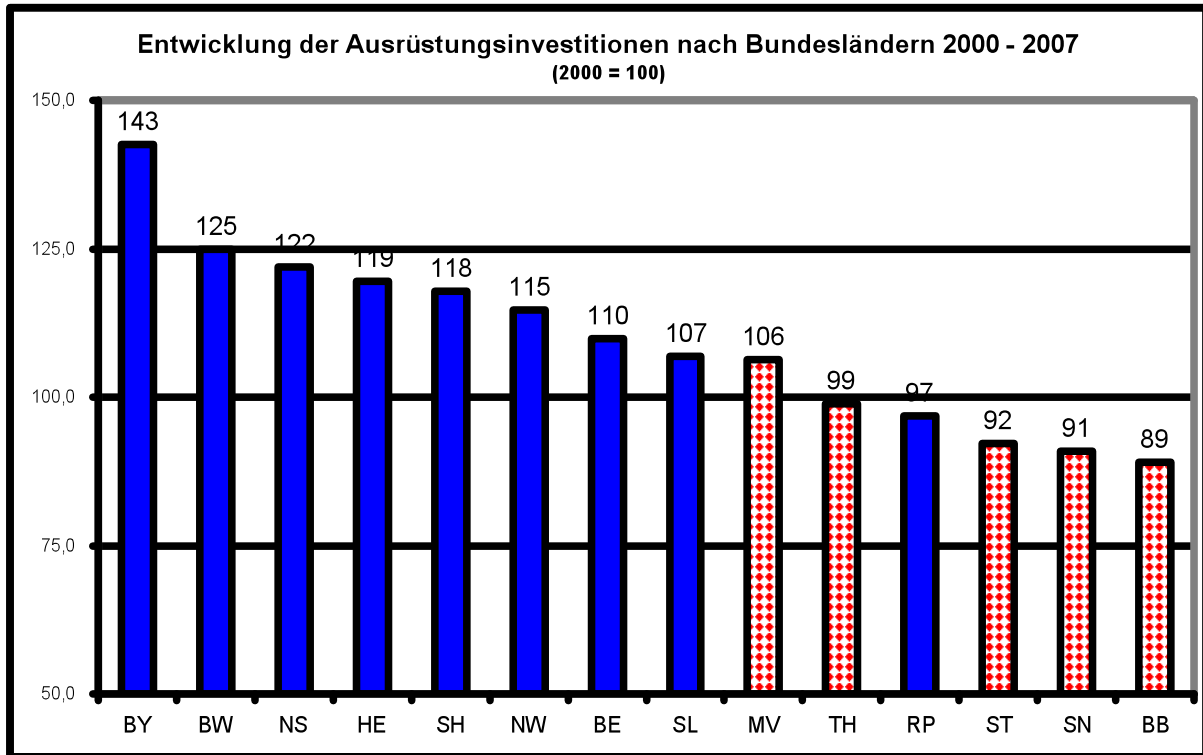
Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Dabei ist bemerkenswert, dass alle fünf neuen Bundesländer ohne Ausnahme, dieses Entwicklungsmuster vollzogen haben. Es gibt kein neues Bundesland, das aus diesem Entwicklungsschema heraus fällt.

Bayern und Baden-Württemberg bleiben in der Bundesrepublik bevorzugte Standorte für Ausrüstungsinvestitionen, während Rheinland- Pfalz sich dem Entwicklungsmuster der neuen Bundesländer annähert.⁷

⁷ Wie bereits auf Seite 4 erläutert, wurden die beiden Stadtstaaten Hamburg und Bremen bei diesen Vergleich nicht berücksichtigt

Abbildung 6



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, eigene Berechnungen

Fazit: Die neuen Bundesländer haben durch die Verteilung der Ausrüstungsinvestitionen in den beiden zurückliegenden Jahrzehnten, geringe Chancen, ihre Rolle als Aschenputtel im Kreis der sechzehn Bundesländer zu verlieren. Eine Kehrtwende der bisherigen Wirtschaftspolitik, die vor allem mit Niedriglöhnen oder traditionellen Investitionsanreizen den Osten Deutschlands entwickeln wollte, ist unausweichlich.

Juli 2010